

Dringlicher Antrag

eingebraucht von Gemeinderätin **Sabine Reininghaus**
in der Gemeinderatssitzung am 16. November 2023

Betreff: Entlastung der Vollzeitarbeit im unteren Einkommens-Quartil jetzt

Es braucht jetzt dringend eine Entlastung des Faktors Arbeit. Österreich, als ein Hochsteuerland und einer Abgabenquote von 43,2% (3. Platz im Europavergleich) konfrontiert seine Bürgerinnen und Bürger mit zahlreichen finanziellen Belastungen (<https://www.agenda-austria.at/grafiken/trotz-steuerreform-hochsteuerland>). Dazu zählen steigende Steuern, Mieten, Energiekosten, Kreditzinsen und die höchste Inflationsrate seit dem Zweiten Weltkrieg. Diese Faktoren führen dazu, dass 17% der Vollzeitbeschäftigten trotz ihres Einkommens in Armut abrutschen. (<https://www.derstandard.at/story/3000000191509/arm-trotz-vollzeitjob-was-es-heisst-ohne-geld-aufzuwachsen>)

Längst überfällig ist eine deutlich spürbare Entlastung niedrigerer Einkommen, da ein angemessenes Nettogehalt der Schlüssel ist, um Menschen zur Arbeit zu motivieren und sie in Beschäftigung zu halten (<https://crosswater-job-guide.com/archives/76258/ein-gutes-gehalt-ist-das-wichtigste-auswahlkriterium-bei-der-wahl-einer-neuen-stelle>).

Der „Stepstone Gehaltsreport 2023“ verdeutlicht, dass in Österreich das Einkommen sehr unterschiedlich ist. Während drei Viertel der Vollzeitbeschäftigten im oberen Quartil durchschnittlich 66.333 Euro brutto jährlich verdienen, liegt das Einkommen für ein Viertel im unteren Quartil bei 39.667 Euro. (<https://www.stepstone.at/e-recruiting/blog/durchschnittsgehalt-oesterreich-stepstone-gehaltsreport/>). Nach Abzug von Steuern und Lohnnebenkosten bleibt für Personen im unteren Quartil ein Nettogehalt von knapp 2.000 Euro übrig, was die hohe Steuerbelastung in Österreich unterstreicht.

So kommt man im unteren Quartil auf 2.833 Euro brutto, wovon nach Abzug der Steuern (816 Euro) knapp 2.000 Euro netto übrigbleiben. Dass die Lohnnebenkosten und Steuern insgesamt 1.655 Euro ausmachen und dass 3.672 Euro bezahlt werden müssen damit jemand knapp 2000 Euro netto verdient, zeigt, dass Österreich tatsächlich ein massives Problem hat.

Was zudem für Lohnnebenkostensenkungen spricht, ist das extreme Abgaben-Ungleichgewicht zwischen Arbeitnehmer:innen und Pensionist:innen, aber auch zwischen Vollzeit-Arbeitnehmer:innen und Teilzeit-Arbeitnehmer:innen oder zwischen Arbeitnehmer:innen und Selbstständigen/Bauern. Arbeitnehmer:innen tragen die Hauptlast des Sozialstaates, erst mit der Pensionierung fällt ein Großteil der Abgaben weg (PV, ALV, Wohnbauförderung, FLAF, Kommunalsteuer,...). Arbeitnehmer:innen stemmen aber auch beispielsweise die Beiträge für die Wohnbauförderung alleine. Es wäre als daher als Zeichen der Entlastung und der Attraktivierung der Lohnarbeit längst überfällig diese Beiträge zu senken.

Daher stelle ich gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den folgenden

dringlichen Antrag:

Der Grazer Gemeinderat tritt auf dem Petitionswege an die Bundesregierung, insbesondere an den Minister für Arbeit und Wirtschaft heran, dieser möge schnellstmöglich eine Regierungsvorlage vorlegen, die eine schrittweise Senkung der hohen Lohnnebenkosten und Steuern auf das OECD-Durchschnittsniveau vorsieht.